



Dienstag, 28. Januar 2025

Von Daniel Hernández

In Zone 7 leben 421 Menschen unter unmenschlichen Bedingungen: Überbelegung, Korruption und Gewalt, wodurch auch die umliegende Gemeinde gefährdet ist.

In der Gemeinde Sucre im Bundesstaat Miranda steht ein Ort, der den Zusammenbruch des Gefängnis- und Strafrechtssystems des Landes symbolisiert: Das Gefangenekontroll- und -auffangzentrum Boleíta, bekannt als Zone 7.

Dieses Zentrum, das ursprünglich für Verwaltungszwecke konzipiert wurde, ist zu einem alarmierenden Spiegelbild der Menschenrechtsverletzungen geworden, denen die Menschen ausgesetzt sind, denen die Freiheit entzogen wurde.

Das venezolanische Gefängnisobservatorium (OVP) veröffentlichte kürzlich einen Bericht mit dem Titel „Unterwelt: Die verborgene Bedrohung in den Zellen der Zone 7“, der mit erschreckender Genauigkeit die unmenschlichen Bedingungen beschreibt, unter denen mehr als 421 Häftlinge überleben müssen, darunter 250 sogenannte „Sozialgefangene“ und 171 „Polihäftlinge“, d. h. bereits verurteilte oder strafrechtlich verfolgte Polizisten, die im Gegensatz zum Rest der inhaftierten Bevölkerung gewisse Vorteile genießen. Anhand von Zeugenaussagen, Analysen und gesammelten Daten deckt der Bericht den institutionellen Verfall auf, der dazu führt, dass in dem Untersuchungsgefängnis ein weiteres Parallelgefängnis existiert, das von Überbelegung, Korruption und Gewalt geprägt ist.

Hölle auf Erden

Zone 7 wird als ein Ort beschrieben, in dem die Menschenwürde systematisch untergraben wird. In dem Bericht heißt es: „Diese Zellen, die sich in einem ehemaligen Keller befinden, haben keine Fenster, sodass kein natürliches Licht eindringen kann und wodurch eine dunkle und bedrückende Atmosphäre entsteht.“ In Zellen, die eigentlich nur für wenige Personen ausgelegt sind, müssen Dutzende Insassen abwechselnd auf dem Boden schlafen, umgeben von Abwasser, Wänden, die durch undichte Stellen „schwitzen“, außerdem gibt es keine Belüftung. In der Zelle, die als „Die Unterwelt“ bekannt ist, leben beispielsweise 90 Insassen unter Bedingungen, die an schlimmste Alpträume erinnern.

Krankheiten wie Tuberkulose, HIV und Krätze breiten sich in dieser grotesken Umgebung aus. „Überbelegung und unhygienische Bedingungen haben eine Krise der öffentlichen Gesundheit ausgelöst“, warnt der Bericht. Nahrungsmittel sind knapp, oft von schlechter Qualität und nur durch die Hilfe von Verwandten verfügbar, die von Polizisten erpresst werden. Der Bericht stellt außerdem fest, dass inhaftierte Jugendliche – viele von ihnen im Rahmen von Protesten nach den Wahlen – diese Räume mit Erwachsenen teilen und damit gegen internationale und nationale Standards zum Schutz von Minderjährigen verstoßen.

In dieser Umgebung wird das Leben zu einem ständigen Überlebenskampf. Aus den vom ÖVP gesammelten Zeugenaussagen geht hervor, dass die Häftlinge sogar für den Zugang zu Beatmungsgeräten zahlen müssen, was die ohnehin schon verheerende Realität der strukturellen Korruption noch verstärkt.

Korruption: Die Spielregeln

Einer der alarmierendsten Aspekte des Berichts ist die Institutionalisierung der Korruption in Zone 7. Von Zahlungen für den Zugang zu besseren Zellen oder grundlegenden Dienstleistungen wie Beatmungsgeräten und Gerichtsverlegungen bis hin zur Einfuhr von Lebensmitteln und Medikamenten – alles hat seinen Preis. Die Familien der Häftlinge sind gezwungen, regelmäßig zu zahlen, was ihre ohnehin prekäre Situation noch verschärft.

So führt der Bericht beispielsweise aus, dass „die Miete eines Ventilators in der Unterwelt 2 Dollar pro Stunde kostet. Mindestens drei Personen benutzen ihn, um die Hitze zu lindern.“ Verlegungen zu Gerichten können zwischen 10 und 20 Dollar kosten. Korruption durchdringt auch die Grundrechte, da diejenigen, die nicht zahlen können, zu den schlimmsten Bedingungen verdammt werden.

In diesem Sinne gibt es in Zone 7 verschiedene Zelltypen, deren Merkmale jeweils die Ungleichheiten und die Korruption des Systems widerspiegeln: Die Zelle „El Tigrito“ wird als ein 4 x 6 Meter großer Raum beschrieben, der für Neuankömmlinge oder Verurteilte vorgesehen ist. Häftlinge müssen im Stehen schlafen und bis zu 40 Dollar für die Verlegung in eine andere Zelle zahlen. Die „King Kong“-Zelle, auch bekannt als „Millionärszelle“, bietet Zugang zu Sonnenlicht und besseren Bedingungen, kostet aber bis zu 100 Dollar für den Aufenthalt. Die „Unterwelt“-Zelle befindet sich im Keller und beherbergt rund 90 Häftlinge in völliger Dunkelheit, ohne Belüftung oder Toiletten, umgeben von undichten Stellen und Abwasserkanälen. Die „Hexen“-Zelle: Reserviert für die sogenannten „befleckten Gefangenen“, denen Verbrechen vorgeworfen werden, die in der Gefängnissubkultur als schwerwiegend gelten. Diese Häftlinge sind einem höheren Gewaltrisiko ausgesetzt. Die Pantry schließlich ist ein offener Raum, in dem sich Häftlinge tagsüber gegen Bezahlung der Polizei aufhalten können, nachts aber in ihre Zellen zurückkehren müssen. Die Polizeigefangenen belegen jedoch einen separaten Bereich im obersten Stockwerk des Kommandopostens mit Zugang zu Toiletten, Belüftung, Sonnenlicht und angemessenen Schlafbedingungen.

Ein Familienmitglied, das von der ÖVP interviewt wurde, sagte dazu: „Das ist alles ein Geschäft. Schon um meinem Sohn das Recht zu verschaffen, mit mir zu sprechen, musste ich dem Beamten Geld dafür zahlen, dass er das Telefon benutzen durfte.“

Bei Protesten nach den Wahlen festgenommen

Während der Proteste nach den Wahlen im Juli 2024 wurden 21 Jugendliche willkürlich festgenommen und in Zone 7 festgehalten, wo sie sich Zellen mit Erwachsenen teilten. Während dieser Zeit waren sie psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt.

Aus den gesammelten Zeugenaussagen geht hervor, dass einige erwachsene Häftlinge eingriffen, um sie vor Misshandlungen durch die Beamten zu schützen. Allerdings hinterließen diese Bedingungen bei den Minderjährigen tiefe Narben. Um zu überleben, waren sie zudem gezwungen, typische Verhaltensweisen der Gefängnissubkultur anzunehmen.

Ein Verwandter berichtete: „Mein Sohn musste lernen, wie sie zu sprechen und sich wie sie zu benehmen. Er sagte mir, wenn er das nicht täte, wäre er in Gefahr.“

Auswirkungen auf die Gemeinschaft

Zone 7 betrifft nicht nur die Inhaftierten und ihre Familien, sondern auch die umliegende Gemeinde. In einem Wohn- und Bildungsgebiet mit mehr als 3.000 Schüler*innen in den umliegenden Schulen gelegen, stellt diese Einrichtung aufgrund häufiger Ausbrüche, Unruhen und bewaffneter Auseinandersetzungen ein ständiges Risiko dar. Im Jahr 2023 stürmten mehr als 100 Insassen während eines Ausbruchs eine nahegelegene Schule. Dem Bericht zufolge „übergab die Bildungseinrichtung dabei ihre Räumlichkeiten während der Schulzeit ohne Genehmigung oder vorherige Benachrichtigung der Schülervertretung für ein Verfahren im Gefängnis“, was Panik unter Schüler*innen und Lehrer*innen auslöste.

Der Direktor des OVP, Humberto Prado, erklärte hierzu, dass die Inhaftierten zu diesem Zeitpunkt aus den Zellen der Zone 7 in die San-Agustín-Schule verlegt wurden, was das Leben der Minderjährigen sowie des Lehr- und Verwaltungspersonals gefährdete.

„Dies ist ein sehr heikles Thema; einige Schüler*innen könnten aufgrund dieser Situation gesundheitliche Probleme erlitten haben. Oder ein Inhaftierter könnte einen Fluchtversuch unternommen und die Schüler in Gefahr gebracht haben“, betonte Prado. Nachbar*innen berichten außerdem von ständigen Störungen ihres Alltags aufgrund des Chaos, das durch die Präsenz dieses Zentrums entsteht. „Es ist eine tickende Zeitbombe“, sagte ein Anwohner und betonte die Notwendigkeit seiner Schließung.

Dringende Empfehlungen

Die OVP schlägt drastische Maßnahmen zur Bewältigung der Krise in Zone 7 vor. Zu den wichtigsten Empfehlungen gehören:

- Dauerhafte Schließung und Räumung des Zentrums aufgrund der Gefahr, die es sowohl für die Häftlinge als auch für die umliegende Gemeinde darstellt.
- Sofortige Verlegung der Insassen in geeignete Gefängnisse unter Berücksichtigung der Gerichtsbarkeit und der Nähe zu ihren Familien.
- Einhaltung der nationalen Gesetzgebung, die eine 48-stündige Höchstdauer der Untersuchungshaft vorsieht.
- Schutz von Minderjährigen, indem sichergestellt wird, dass sie nicht in Zentren für Erwachsene untergebracht werden.

- Ausrottung der Korruption durch unparteiische Untersuchungen und die Umsetzung von Transparenzmechanismen.

„Zone 7 muss geschlossen werden und darf nur noch eine Polizeiwache bleiben; Das Internierungslager muss aufgelöst werden. Die Gefangenen müssen in Gefängnisse verlegt werden oder ihre Fälle müssen überprüft werden, bevor sie freigelassen werden können“, erklärte der NGO-Direktor.

Eine Zeitbombe

Der Aufschrei von Familienmitgliedern, Nachbar*innen und Organisationen wie der OVP erfordert sofortiges Handeln. Reformversprechen und Besuche von Beamt*innen reichen nicht aus: Die Schließung der Zone 7 ist zwingend erforderlich, um die Menschenrechte zu schützen und den Menschen, denen in Venezuela die Freiheit entzogen ist, ein Mindestmaß an Menschlichkeit zurückzugeben.

Zone 7 ist nicht nur ein Spiegelbild der strukturellen Mängel des venezolanischen Gefängnisystems, sondern auch ein dringender Aufruf zum Handeln. Die Lösung lässt sich nicht länger hinauszögern: Es ist an der Zeit, dass die Behörden mit konkreten Maßnahmen reagieren, die Gerechtigkeit, Würde und die Achtung der Menschenrechte garantieren.

Zone 7 ist ein Spiegelbild des Verfalls des venezolanischen Gefängnisystems, wo Korruption, Gewalt und institutionelle Vernachlässigung dieses Zentrum in eine Hölle für die Insassen und eine Gefahr für die Gesellschaft verwandelt haben. Prado zitierte Nelson Mandela: „Oft heißt es, dass niemand wirklich weiß, wie eine Nation ist, bis er selbst in einem ihrer Gefängnisse war.“

In Venezuela enthüllen Gefängnisse wie Zone 7 nicht nur die Grausamkeit des Systems, sondern auch die Gleichgültigkeit eines Staates, der es versäumt hat, die Menschenrechte der in seiner Obhut befindlichen Menschen zu schützen. Die Schließung der Zone 7 und die Umsetzung dringender Reformen sind nicht nur notwendig, sondern auch eine moralische Verpflichtung, um zu verhindern, dass diese Hölle weiterhin Leben zerstört.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Kogruppe – verbindlich ist das Original:

<https://www.amnistia.org/ve/blog/2025/01/27956/ovp-el-inframundo-de-la-justicia-penal-venezolana>